

EIN PORTRÄT DER KLIMAPOLITIK CHINAS

Cheng Qian



Impressum

Autorin:

Cheng Qian

Redaktion:

Thomas Spencer, Christoph Bals, Gerold Kier und Jan Burck

Übersetzung:

Marisa Beck

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Telefon +49 (0)30/288 8356-0, Fax -1

Internet: <http://www.germanwatch.org>

E-mail: info@germanwatch.org

Januar 2008

Bestellnr.: 08-2-16

ISBN 978-3-939846-33-8

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

<http://www.germanwatch.org/klima/chin10d.htm>

Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Das BMU übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des BMU übereinstimmen.

Inhalt

Einleitung	4
A) Überblick über Regierungspositionen und -programme	5
Themenpunkt 1: Politische Prioritäten und Absichten.....	5
Themenpunkt 2: Die Klimapolitik der chinesischen Regierung	7
Themenpunkt 3: Kurze Inhaltsübersicht der politischen Programme	10
Themenpunkt 4: Chinas Verhandlungsposition	12
Themenpunkt 5: Institutionen und Mechanismen in der chinesischen Klimaschutzpolitik.....	17
Themenpunkt 6: Fragen der Energiesicherheit	18
Themenpunkt 7: Erweiterte Möglichkeiten zur Erreichung nationaler Ziele durch internationales Engagement – Vielversprechende Kooperationen zwischen China und der EU	21
B) Kommentar aus der Perspektive der Zivilgesellschaft	25
Themenpunkt 8: Die Umsetzung der chinesischen Klimapolitik.....	25
Themenpunkt 9: Die erstarkende Stimme der Zivilgesellschaft	28
Themenpunkt 10: Innenpolitische Integration und Konsistenz.....	32

Einleitung

Aus verschiedenen Quellen kommen zunehmende Belege dafür, dass der globale Klimawandel mit seinen wachsenden Auswirkungen menschgemacht ist. Die Warnungen des Weltklimarats IPCC sprechen eine klare Sprache. All dies lenkt die weltweite Aufmerksamkeit auf den Klimawandel und Fragen der Energiesicherheit. China's Anteil an den globalen CO₂-Emissionen liegt heute bei 19% und es wird erwartet, dass er bis 2030 auf ca. 27% ansteigt. Nach ersten Schätzungen führt China die Liste der größten Emittenten für 2006 an und übertrifft selbst die USA um geschätzte 8%.

Die folgende Analyse setzt sich kritisch mit Chinas steigenden Emissionen auseinander, ohne andere Aspekte in Chinas Entwicklung aus dem Blickwinkel zu verlieren: wirtschaftliche Entwicklung, Pro-Kopf-Emissionen, der historische Beitrag Chinas zum Treibhauseffekt sowie die Tatsache, dass große Teile von Chinas industrieller Produktion exportiert werden.¹ Tatsächlich liegen die CO₂-Pro-Kopf-Emissionen in China lediglich bei einem Drittel des europäischen und einem Sechstel des US-amerikanischen Durchschnitts. Als das größte Entwicklungsland der Welt mit der am schnellsten wachsenden Wirtschaft steht China aktuell im Mittelpunkt einer aufkeimenden Debatte: Wohin führt China die globalen Emissionstrends? Die Auswirkungen der eigenen Emissionen, Reduktionsmaßnahmen und Anpassungsprozesse stellen das Land selbst vor ungeahnte Herausforderungen. Gleichzeitig hat China die einzigartige Chance, einen erheblichen Beitrag in der Transformation hin zu einer emissionsarmen globalen Gesellschaft zu leisten.

„Der Klimawandel verlangt eine internationale Antwort, die auf dem gemeinsamen Verständnis der langfristigen Ziele und der Verständigung auf Rahmensetzungen für das Handeln beruht.“

--- STERN REVIEW: The Economics of Climate Change²

Das vorliegende Diskussionspapier behandelt 10 zentrale Themenpunkte hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Maßnahmen der chinesischen Politik und Zivilgesellschaft zur Bekämpfung des Klimawandels. Es werden mögliche Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und China aufgezeigt, um gemeinsam einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden, das sich aus sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt und Klimaschutz ergibt. Ziel der vorliegenden Analyse ist es, die Verständigung zwischen China und seinen weltweiten Kooperationspartnern zu erleichtern und so den Weg für ein erfolgreiches und bedeutendes Post-2012-Klimaabkommen frei zu machen. Um eine Basis für diese Verständigung zu schaffen, werden unter den Themenpunkten 1 bis 6 offizielle Aussagen zitiert, die helfen, Chinas Klimapolitik zu portraituren. Themenpunkt 7 fasst offizielle Kommentare von chinesischer und europäischer Seite zusammen, während die Themenpunkte 8 bis 10 eine Einschätzung der Autorin aus Perspektive der Zivilgesellschaft wiedergeben.

¹ Die Zahlen stammen von der niederländischen Environmental Assessment Agency (MNP) (2007): <http://www.mnp.nl/en/service/pressreleases/2007/20070622ChineseCO2emissionsinperspective.html>

² HM Treasury, Stern Review on the economics of climate change (2006) http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/stern_review_report.cfm

A) Überblick über Regierungspositionen und -programme

Themenpunkt 1: Politische Prioritäten und Absichten

Um Chinas Klimapolitik zu verstehen, benötigt man ein Grundverständnis der Verhältnisse in China sowie der Sichtweise der chinesischen Regierung. Am 17. November 2006 stellte der chinesische Präsident Hu Jintao vor dem Gipfeltreffen der APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft) in Hanoi, Vietnam, ein neues und langfristiges Kernstück der chinesischen Regierung vor – der Scientific Outlook on Development (Wissenschaftlicher Bericht über die zukünftige Entwicklung).³

Als ein Mitglied der internationalen Gemeinschaft und der Asiatisch-Pazifischen Gemeinschaft habe Chinas anhaltende Entwicklung und das wachsende globale Engagement des Landes in den letzten Jahren weltweit reges Interesse auf sich gezogen, wie Hu erläuterte. China sieht sich immer noch mit großen Schwierigkeiten und Herausforderungen konfrontiert, verursacht durch hohe Bevölkerungszahlen, eine schwache wirtschaftliche Basis und eine regional uneinheitliche Entwicklung. In dem Bestreben diese Probleme zu lösen, verfolgt China eine wissenschaftlich fundierte Entwicklungsstrategie und behandelt die folgenden vier Bereiche mit besonderer Priorität:

Erstens beabsichtigt China, die Restrukturierung der eigenen Wirtschaft zu beschleunigen und eine Transformation des wirtschaftlichen Wachstumsmodells zu erreichen. „Wir werden uns bemühen, eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu entwickeln, den Energie- und Ressourcenbedarf zu senken, eine ressourcensparende und umweltfreundliche Gesellschaft aufzubauen und eine vernünftige Balance zwischen wirtschaftlichem Fortschritt, Bevölkerung, Ressourcennutzung und Umweltbelangen zu finden.“

Zweitens plant China, den Aufbau von neuen sozialistischen landwirtschaftlichen Gemeinschaften zu beschleunigen. China „wird umfassende Reformen für Bauern vorantreiben, die Entwicklung der modernen Landwirtschaft unterstützen, erzielbare Skalenerträge in diesem Sektor realisieren und die allgemeine landwirtschaftliche Produktivität erhöhen, die Effizienz verbessern und ein stetiges Einkommenswachstum der Landwirte sicher stellen.“

Als Drittes plant China eine regional ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. „Wir werden die Entwicklung von Chinas Westen fortsetzen, den Aufschwung Zentralchinas vorantreiben und Chinas östliche Regionen dazu ermutigen, eine Führungsrolle in der Entwicklung zu übernehmen.“

Viertens, wird sich China anhaltend für den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft einsetzen. Soziale Programme sollen entwickelt, soziale Fairness und Gerechtigkeit ge-

³ Speech of China's President Hu Jintao (Sep. 2007), CEO summit of the Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) forum in Hanoi http://www.gov.cn/english/2006-11/17/content_445776.htm

fördert werden. Insgesamt soll eine Kultur der Harmonie geschaffen und soziales Management praktiziert werden.

Außerdem „werden wir Arbeitslosigkeit abbauen, das soziale Sicherheitssystem verbessern und die Einkommensverteilung anpassen.“

Ein Jahr nach der APEC-Konferenz in Hanoi, Vietnam, sprach Präsident Hu Jintao vor dem APEC-Gipfel 2007 in Sydney und stellte die Position der chinesischen Regierung zum Klimawandel dar.⁴

Die Erhaltung einer intakten Umwelt ist die zentrale Voraussetzung für den Weg in eine nachhaltige Zukunft. Der Klimawandel wird weltweit als Problem wahrgenommen und dies zeigt deutlich, dass Umwelt und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden sind. Der Klimawandel ist zweifellos ein Umweltproblem, aber letztlich ist er ein Entwicklungsproblem. Wir müssen den Klimawandel im Zusammenhang einer nachhaltigen Entwicklung durch intensive internationale Kooperation proaktiv bekämpfen, indem wir die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und das Kyoto-Protokoll als ihren zentralen Mechanismus und als Wegbereiter für Kooperation aufrecht erhalten und dem Prinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ folgen. Wir müssen technologischen Fortschritt vorantreiben, sicherstellen, dass Produktion und Konsum den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung gerecht wird, „grünes“ Wachstum fördern und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft aufbauen, um unsere Heimat und die globale Umwelt zu schützen.

Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft wirken wissenschaftlicher Fortschritt, Technologien und Bildung als treibende Faktoren. Schließlich können wirtschaftliches Wachstum und verbesserte Lebensverhältnisse nur durch die Aneignung von Wissen und besonders durch wissenschaftliche und technologische Innovationen erreicht werden. Zusammenarbeit in diesen Bereichen muss deshalb auf der Agenda zum internationalen Klimaschutz ganz oben stehen; Wissenschafts- und Technologiekooperationen müssen ausgebaut und vertieft und damit der Innovationsprozess vorangetrieben werden. Der Aufbau von Humankapital, basierend auf einer guten Bildung, spielt hier eine zentrale Rolle und deshalb müssen wir hier Investitionen ausbauen, Bildung für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich machen, um so die Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu schließen; wir müssen multilaterale Kooperation in Bildungsfragen weltweit fördern, besonders in Entwicklungsländern. Diese Länder würden von einer verbesserten Entwicklung profitieren und das weltweite Wirtschaftswachstum würde insgesamt einen positiven Impuls erfahren.

Der soziale und wirtschaftliche Fortschritt Chinas beinhaltet den Aufbau einer wohlhabenden Mittelschicht, was das Wohl der 1,3 Milliarden starken Bevölkerung Chinas erheblich fördern würde, er ist jedoch wesentlich abhängig von Fragen der Energieversorgung. Es ist eine langwierige und gewiss keine leichte Aufgabe, erneuerbare Energien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung nutzbar zu machen. Seit China vor 29 Jahren eine Politik der Reform und der Öffnung nach außen einschlug, ist die

⁴ Hu Jintao, Präsident der Volksrepublik China, beim APEC-Gipfeltreffen, Sydney, Australien, 6. September 2007.

Wirtschaft des Landes stetig gewachsen mit einer durchschnittlichen Rate von mehr als 9% pro Jahr. Jedoch werden durch das Wachstum des Sozialproduktes eine Reihe von dringenden strukturellen Problemen verdeckt - Umweltzerstörung ist eines von ihnen. Das Klimaproblem stellt China vor die noch nie dagewesene Herausforderung, das wirtschaftliche Wachstum bei eingeschränktem Energieverbrauchs aufrechtzuerhalten. Die Regierung ließ dagegen verlauten, dass „**ein Anstieg des Energiekonsums notwendig für die Entwicklung ist**“.

In den vergangenen 150 Jahren haben die westlichen Länder den Prozess der Industrialisierung abgeschlossen, in dessen Verlauf sie enorme Mengen an natürlichen Ressourcen, speziell Energieressourcen, beansprucht haben. Heute erfahren einige Entwicklungsländer ihre eigene Ära der Industrialisierung und ein Anstieg der Energienachfrage erscheint als unvermeidbare Nebenwirkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Die chinesische Zentralregierung legt heute die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung als langfristig zentrale Ziele ihrer politischen Arbeit und des chinesischen Volkes fest. Der beschleunigte Aufbau einer modernen Energieindustrie wird von der Regierung gefördert und der sparsame Umgang mit Ressourcen und Umweltschutz gelten als grundlegende politische Maxime. Gleichzeitig wird dem Aufbau einer im Umgang mit Ressourcen bewussten und umweltfreundlichen Gesellschaft im Zuge von Chinas Industrialisierung und Modernisierung hohe Priorität beigemessen. Die Regierung beabsichtigt, das Potenzial für nachhaltige Entwicklung des Landes auszubauen und Innovationen zu fördern, um einen größeren Beitrag zur Weltwirtschaft und globalem Wohlstand leisten zu können.⁵

Themenpunkt 2: Die Klimapolitik der chinesischen Regierung⁶

Entschlossener politischer Wille ist entscheidend im Kampf gegen gefährlichen Klimawandel. Die chinesische Regierung hat ein nationales Klimaschutzprogramm ausgearbeitet und veröffentlicht und eine Reihe von Maßnahmen initiiert, die unter anderem auf eine Steigerung der Energieeffizienz, die Diversifizierung der chinesischen Energiebilanz, die Stärkung des Umweltschutzes, eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums und die Verbesserung der für den Klimaschutz notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen abzielen. Eine klare Darstellung der zahlreichen neuen Politikmaßnahmen der chinesischen Regierung wäre hilfreich, um eine effektive Überwachung der möglichen Grauzonen zwischen Ankündigung und Umsetzung im heutigen China zu erleichtern.

Die folgenden politischen Strategien und Regulierungen bilden das Kernstück der chinesischen Klimapolitik:

- **Der elfte Fünf-Jahres-Plans für die nationale Wirtschaft und soziale Entwicklung der Volksrepublik China (2006-2010)** sieht vor, dass der

⁵ China's Energy Conditions and Policies (Dec. 2007). Information Office of the State Council of the People's Republic of China

⁶ Vgl. die relevanten offiziellen Dokumente der chinesischen Zentralregierung.

Energieverbrauch pro Einheit des Bruttonationalprodukts bis 2010 im Vergleich zu 2005 um 20 Prozent gesunken und das absolute Emissionsvolumen der wichtigsten Schadstoffe um 10 Prozent reduziert sein wird.

- **Der Report des 17. Nationalkongresses der kommunistischen Partei Chinas** vom Oktober 2007 definiert als Ziele die beschleunigte Transformation des Entwicklungsmusters und die Vervierfachung des Pro-Kopf-Einkommens zwischen 2000 und 2020, was durch eine Optimierung der wirtschaftlichen Struktur und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rendite erreicht werden soll, während gleichzeitig der Konsum von Energieressourcen eingeschränkt und die Umwelt geschützt wird.
- **Chinas nationales Klimaschutzprogramm (China's National Climate Change Programme, im Folgenden: CNCCP)**, welches unter Aufsicht der nationalen Entwicklungs- und Reformkommission im Juni 2007 ausgearbeitet wurde, erläutert die Ziele der chinesischen Regierung sowie die grundlegenden Prinzipien und wichtigsten Ansatzpunkte ihrer Klimapolitik. Politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels für den Zeitraum bis 2010 werden detailliert dargestellt. Das Programm verkörpert Chinas wichtigste Initiative im Klimaschutz – einschließlich klar definierter Schritte. Gleichzeitig wurde die vollständige Umsetzung des Programms im Sinne des *Artikel 4, Absatz 7 der UN-Klimarahmenkonvention* zugesichert.⁷
- Der **mittel- und langfristige Entwicklungsplan für erneuerbare Energie in China** wurde von der nationalen Entwicklungs- und Reformkommission im September 2007 veröffentlicht mit der Absicht, die Entwicklung erneuerbarer Energien zu beschleunigen, Energieeinsparungen zu fördern, Schadstoffemissionen und Klimawandel zu mindern und damit besser die Anforderungen einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu erfüllen. Der Plan stellt die Leitlinien, Ziele, politischen Strategien und Maßnahmen für die Entwicklung erneuerbarer Energien in China bis zum Jahr 2020 dar. Ein Anstieg des Anteils der Erneuerbaren am Energieverbrauch um 10% bis 2010 und um 15% bis 2020 wird hier zum Ziel gesetzt.
- Der **nationale mittel- und langfristige Plan für Wissenschafts- und Technologieentwicklung** (2006-2020) erfasst Energie und Umwelt als Bereiche von hoher Priorität, innerhalb derer die Kontrolle globaler Umweltveränderungen und der Maßnahmen, die in Reaktion auf diese ergriffen werden, als besonders wichtig erachtet werden.
- Chinas **wissenschaftliche und technologische Aktivitäten hinsichtlich des Klimawandels** (China's Scientific & Technological Actions on Climate Change, im Folgenden: China's S&T-Aktivitäten), die im Juni 2007 gemeinsam von 14

Ministerien und Institutionen⁸ ausgearbeitet wurden, beinhalten eine Strategie zur Umsetzung der Hauptaufgaben, die im Entwurf für Wissenschafts- und Technologieentwicklung benannt wurden, und sie unterstützen das CNCCP-Programm im Hinblick auf Wissenschaft und Technologie. Der Plan dient der Koordinierung klimaschutzrelevanter wissenschaftlicher Forschung und technologischer Entwicklung und dem umfassenden Ausbau der Potenziale in diesem Bereich als Antwort auf den Klimawandel.

- Eine im Dezember 2007 vom Informationsbüro des Staatsrates der Volksrepublik China veröffentlichte **Darstellung der chinesischen Energiesituation und Energiepolitik (China's Energy Conditions and Policies)** basiert auf dem Scientific Outlook on Development (Wissenschaftlicher Bericht über die zukünftige Entwicklung). Das Papier macht deutlich, dass die chinesische Regierung die Entwicklung einer modernen Energieindustrie vorantreibt, und die Einsparung von Ressourcen sowie der Umweltschutz als zwei zentrale politische Leitlinien anerkannt werden. Dem Aufbau einer im Umgang mit natürlichen Ressourcen verantwortungsbewussten und umweltfreundlichen Gesellschaft im Rahmen der Industrialisierung und Modernisierung Chinas wird hohe Priorität beigemessen und ein Ausbau der Fähigkeiten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung wird ebenso angestrebt wie die Entwicklung Chinas zu einem innovativen Land.
- Das **Erneuerbare-Energien-Gesetz der Volksrepublik China** wurde vom ständigen Ausschuss des chinesischen Nationalkongresses in dessen 14. Sitzung am 28. Februar 2005 verabschiedet und trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Das Gesetz soll die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien in China fördern, die Energiestruktur des Landes verbessern, zum Umweltschutz beitragen und einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft dienen.

⁷ Artikel 4, Absatz 7 der UN-Klimarahmenkonvention: Der Umfang, in dem Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, ihre Verpflichtung aus dem Abkommen wirksam erfüllen, wird davon abhängen, inwieweit Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, ihre Verpflichtungen aus dem Übereinkommen betreffend finanzielle Mittel und die Weitergabe von Technologien wirksam erfüllen, wobei voll zu berücksichtigen ist, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Beseitigung der Armut für die Entwicklungsländer erste und dringlichste Anliegen sind.

http://unfccc.int/essential_background/convention/background/items/2853.php

⁸ Ministry of Science and Technology, National Development and Reform Commission, Ministry of Foreign Affairs, Ministry of Education, Ministry of Finance, Ministry of Water Resources, Ministry of Agriculture, State Environmental Protection Administration, State Forestry Administration, Chinese Academy of Science, China Meteorology Administration, National Natural Science Foundation, State Oceanic Administration, China Association for Science and Technology

Themenpunkt 3: Kurze Inhaltsübersicht der politischen Programme

1. Chinas nationales Klimaschutzprogramm (CNCCP), Juni 2007⁹

- Beobachtungen und Klimatrends in China
- Chinas aktuelle Emissionswerte
- Chinas Bemühungen zur Emissionsminderung und Klimaschutzleistungen
- Chinas grundsätzliche nationale Umstände im Hinblick auf Klimaschutz
- Die Auswirkungen des Klimawandels auf China
- Die Herausforderungen, die der Klimawandel an China stellt
- Leitlinien, Prinzipien und Ziele der chinesischen Klimapolitik
- Schlüsselbereiche für die Reduktion der Treibhausgasemissionen
- Schlüsselbereiche für die Anpassung an den Klimawandel
- Klimawissenschaft und -technologie
- Klimawandel in der öffentlichen Wahrnehmung
- Institutionen und Mechanismen
- Chinas Position in zentralen Klimaschutzfragen
- Notwendigkeit der internationalen Kooperation im Klimaschutz

2. *Der mittel- und langfristige Entwicklungsplan für erneuerbare Energie in China, September 2007¹⁰*

- Darstellung der aktuellen Situation erneuerbarer Energien in China
- Das Potenzial von Chinas erneuerbaren Energiequellen
- Handlungsleitende Prinzipien in der Förderung erneuerbarer Energien
- Ziele in der Entwicklung erneuerbarer Energien für die nächsten 15 Jahre
- Prioritäre Sektoren für die Entwicklung erneuerbarer Energien in China bis 2010 und 2020
- Nationale politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung erneuerbarer Energien

⁹ Zum Download erhältlich unter <http://en.ndrc.gov.cn/newsrelease/P020070604561191006823.pdf>

¹⁰ Zum Download erhältlich unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/2007/20079583745145.pdf> (Chinese)

3. Chinas Energiesituation und Energiepolitik, Dezember 2007¹¹

- Chinas aktuelle Energiesituation und -entwicklung
- Strategie und Zielsetzung der Energieentwicklung in China
- Umfassende Förderung von Einsparungen im Energieverbrauch
- Verbesserung von Chinas Energieversorgungskapazitäten
- Beschleunigung der Weiterentwicklung von Energietechnologien
- Koordinierung von Energie- und Umweltentwicklung
- Ausbau der Reform der Energiesysteme
- Stärkung der internationalen Kooperation im Energiebereich

4. Chinas wissenschaftliche und technologische Aktivitäten hinsichtlich des Klimawandels, Juni 2007¹²

- Aktueller Stand des Klimawandels und dringende Ansprüche an Wissenschaft und Technologie
- Chinas bisherige wissenschaftliche und technologische Leistungen im Klimabereich
- Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung
- Schaffung der notwendigen Infrastrukturen für wissenschaftliche Forschung
- Aufbau von Humankapital und Entwicklung der Forschungsinfrastruktur
- Handlungsleitlinien, Prinzipien und Ziele der Umsetzung klimaschutzrelevanter Forschungs- und Technologiepolitik
- Hauptaufgaben der Forschungs- und Technologiepolitik
- Zentrale Strategien und politische Leitlinien zum Klimawandel
- Maßnahmen zur Umsetzung von Chinas Forschungs- und Technologieaktivitäten

5. Chinas Erneuerbare-Energien-Gesetz, Februar 2005¹³

- Überblick über verfügbare Ressourcen und ein Plan für ihre Entwicklung
- Steuerung der Industrie und technologische Unterstützung
- Förderung und Anwendung
- Preismanagement und Gebührenverteilung
- Ökonomische Anreize und Überwachungsmaßnahmen
- Rechtliche Verantwortlichkeiten

¹¹ Zum Download erhältlich unter: <http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File229.pdf>

¹² Zum Download erhältlich unter: <http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File199.pdf>

¹³ Text erhältlich unter <http://www.ccchina.gov.cn/en/NewsInfo.asp?NewsId=5371>

Themenpunkt 4: Chinas Verhandlungsposition

Das oben dargestellte Maßnahmenpaket reflektiert die Anstrengungen der chinesischen Regierung zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und Energiekonsum im eigenen Land. Die nationale Klimapolitik fördert gleichzeitig eine proaktivere Haltung der chinesischen Delegation in internationalen Verhandlungen. Dies war erst kürzlich beim UN-Klimagipfel in Bali im Dezember 2007 besonders deutlich spürbar.

Obwohl die Reduktion globaler Emissionen um 25% bis 40% im Vergleich zum Niveau von 1990 von vielen Verfechtern gefordert wurde, wurde dieses Ziel nicht explizit in der Bali Roadmap festgehalten; alle Parteien konnten sich jedoch auf die Notwendigkeit von „messbaren, berichtspflichtigen und verifizierbaren“ Maßnahmen einigen. Die Umsetzung dieser Verpflichtung bedeutet für China, genau wie für andere Entwicklungsländer, einen hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Druck. Es ist notwendig, die Grundzüge von Chinas Verhandlungslage zu verstehen, um sich entsprechend für die COP14/MOP4 in Polen und die COP15 in Kopenhagen vorzubereiten und so die Chancen für ein erfolgreiches Post-2012-Klimaabkommen zu maximieren.

Themenpunkt 4.1 „Fünf Aussagen der chinesischen Regierung zum Klimawandel“¹⁴

1. **Klimawandel ist ein globales Problem**, für das Regierungen weltweit eine gemeinsame Lösung finden müssen. Industrieländer sollten in der Emissionsreduktion die Führung übernehmen und ihren Verpflichtungen hinsichtlich des Technologietransfers und der finanziellen Unterstützung an Entwicklungsländer nachkommen.
2. **Klimawandel ist im Grunde ein Entwicklungsproblem**. Wirtschaftswachstum, soziale Entwicklung und Umweltschutz müssen integriert betrachtet werden und mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung verträgliche Produktions- und Konsummuster müssen eingeführt werden. Bemühungen im Klimaschutz sollten den wirtschaftlichen Fortschritt und die Armutsbekämpfung in allen beteiligten Staaten eher fördern als bremsen - besonders gilt dies natürlich für die Entwicklungsländer.
3. **„Gemeinsame aber differenzierte Verantwortung“**. Die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) nennt die „gemeinsame aber differenzierte Verantwortung“ und das Gerechtigkeitsprinzip als wesentliche Grundsätze der Bali Roadmap, auf die sich der Konsens der internationalen Gemeinschaft verdichten lässt. Die Konvention und das Kyoto Protokoll sollen als grundlegende Rahmensetzung für die internationale Kooperation dienen. Weitere Initiativen und Mechanismen, die eine praktische Zusammenarbeit fördern, sind willkommene und wertvolle Ergänzungen.
4. **Technischer Fortschritt muss in der Bekämpfung des Klimawandels und in der Anpassung an seine Auswirkungen eine entscheidende Rolle spielen**. Die internationale Gemeinschaft sollte Investitionen in diesen Bereich erhöhen, den Austausch von Informationen intensivieren und die Zusammenarbeit für Innovation, die

¹⁴ Rede des Premierministers Wen Jiabao (November 2007) vor dem dritten Ostasiengipfel über Chinas Position zum Klimawandel.

Verbreitung und Anwendung neuer Technologien stärken und so die Fähigkeit zum gemeinsamen Bewältigen des Klimaproblems verbessern.

5. **Die Anpassung an die Folgen der globalen Erwärmung ist von höchster Priorität für Entwicklungsländer und eine wichtige Komponente im Umgang mit dem Klimawandel.** Industriestaaten sollten Entwicklungsländer beim Ausbau ihres Anpassungsvermögens unterstützen und ihre Fähigkeit, mit Klimakatastrophen fertig zu werden, verbessern.

Themenpunkt 4.2 Prinzipien und Ziele¹⁵

4.2.1 Prinzipien

- **Klimaschutz muss im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung angegangen werden. Sowohl im Verständnis der internationalen Gemeinschaft als auch der wichtigsten Prämisse der Vertragsstaaten der Konvention sollte Klimawandel immer im Zusammenhang einer nachhaltigen Entwicklung stehen.** Schon im Jahre 1994 formulierte und veröffentlichte die chinesische Regierung eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung – Chinas Agenda 21 – ein Weißbuch zu Bevölkerungs-, Umwelt- und Entwicklungsfragen im 21. Jahrhundert. Zwei Jahre später, im Jahre 1996, wurde die nachhaltige Entwicklung erstmals als wichtige Leitlinie und als strategisches Ziel in die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgenommen. Chinas Regierung erarbeitete schließlich in 2003 ein Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung des Landes im frühen 21. Jahrhundert. China wird sich auch in Zukunft aktiv für den Klimaschutz einsetzen – im Einklang mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.
- **Beachtung des UNFCCC-Prinzips der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“.** Diesem Prinzip folgend sollen Industriestaaten in der Emissionsreduktion eine Führungsrolle einnehmen und Entwicklungsländer sowohl finanziell als auch technologiebezogen unterstützen. Für die Entwicklungsländer sind hingegen eine nachhaltige Entwicklung und die Armutsbekämpfung von herausragender Bedeutung. Inwieweit die Entwicklungsländer der Umsetzung ihrer Zusagen unter der Konvention tatsächlich nachkommen, wird davon abhängen, ob die Industriestaaten ihre zentralen Verpflichtungen effektiv umsetzen.
- **Gleichgewichtung von Emissionsreduktion und Anpassung an die Folgen des Klimawandels.** Beide Komponenten sind zentrale Bestandteile einer umfassenden Klimastrategie. Für Entwicklungsländer stellt sich die Minderung des CO₂-Ausstoßes als eine dauerhafte und schwierige Herausforderung dar, während die Anpassung an den Klimawandel als eine unmittelbare und dringend zu lösende Aufgabe erscheint. China wird deshalb einerseits durch entschiedene politische Führung Energieeinsparungen fördern und die Energiestruktur des Landes optimieren, um die Treibhausgasemissionen unter Kontrolle zu bekommen. Gleichzeitig wird China sein Anpassungs-

¹⁵ Chinas nationale Klimaschutzstrategie (2007); Die gleichen Punkte sprach auch Gao GuangSheng, Generaldirektor des Office of National Coordination Committee on Climate Change im Januar 2008 in Beijing anlässlich der Konferenz "Deutsch-Chinesische Perspektiven zur Energie- und Klimapolitik, Konferenz zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz" an.

vermögen an den Klimawandel durch Projekte zum Schutz von Ökosystemen, durch Katastrophenprävention und mit Hilfe von anderen bedeutenden Infrastrukturmaßnahmen aktiv ausbauen.

- **Integration der Klimaschutzpolitik in alle relevanten politischen Fragestellungen.** Da die Anpassung an den Klimawandel und die Reduktion von Treibhausgasemissionen auch viele soziale und ökonomische Aspekte betrifft, können politische Entscheidungen zum Klimaschutz und in angrenzenden Politikbereichen nur dann effektiv sein, wenn sie in diesem größeren Zusammenhang betrachtet werden. China wird auch in Zukunft Energieeinsparung, die Optimierung der Energiestruktur, Umweltschutz und Renaturierung sowie eine Steigerung der allgemeinen landwirtschaftlichen Produktivität als wichtige Komponenten der Klimapolitik des Landes ansehen. Deshalb strebt China in Klimaschutzfragen eine umfassende Lösung an, indem Emissionsminderung und Anpassungspolitik in die soziale und wirtschaftliche Entwicklungsstrategie des Landes integriert und koordiniert werden.
- **Förderung von technologischem Fortschritt und Innovation.** Durch technologischen Fortschritt und Innovation kann Klimaschutz effektiv vorangetrieben und Anpassungsvermögen verbessert werden. China erkennt die fundamentale Führungsrolle von wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt für Emissionsminderung und Anpassung und wird deshalb verstärkte Anstrengungen unternehmen, um neue und erneuerbare Energietechnologien zu entwickeln und das Potenzial für Energieeinsparungen durch Technologien, CO₂-Senken und andere Anpassungstechnologien zu realisieren. Dazu muss der wissenschaftliche und technologische Innovations- und Importprozess beschleunigt und Forschung im Bereich des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung massiv unterstützt werden.
- **Aktives und umfassendes Engagement in internationalen Kooperationen.** Der globale Klimawandel stellt die internationale Gemeinschaft vor eine ernstzunehmende gemeinsame Herausforderung. Obwohl nicht alle Staaten das gleiche Verständnis vom Klimawandel teilen und unterschiedliche Fähigkeiten haben, zur Lösung des Problems beizutragen, sind sich alle grundsätzlich einig, dass Kooperation und Dialog notwendig sind, um dieser Herausforderung gemeinsam zu begegnen. China wird sich auch in Zukunft aktiv in die Verhandlungen der UNFCCC und die relevanten Aktivitäten des IPCC einbringen. Weiterhin ist China bereit, die internationale Zusammenarbeit im Klimaschutz auszubauen, auch in Bezug auf den Clean Development Mechanism und den Technologietransfer.

4.2.2 Ziele (bis 2010)

Erzielung erheblicher Emissionsreduktionen, Verbesserung des langfristigen Anpassungsvermögens an die Folgen des Klimawandels, Förderung von klimarelevanter Wissenschaft, Anhebung des technologischen Fortschritts und Entwicklung auf ein neues Niveau, erhebliche Steigerung des öffentlichen Interesses am Klimawandel und weitere Stärkung der relevanten Institutionen und Mechanismen.

1. Emissionsbegrenzung

- **Senkung des Energiekonsums pro Einheit des Bruttosozialprodukts um 20% bis 2010 und somit Reduktion der CO₂-Emissionen** durch die Beschleunigung der Transformation der ökonomischen Wachstumsformel, Stärkung der politischen Führung, Energieeinsparungen und Energieeffizienz, Verstärkung der staatlichen Kontrolle und Verwaltung von Energieeinsparprogrammen, Förderung relevanter Forschung und Entwicklung, Einführung und Vorführung von Energiespartechnologien, Realisierung des vollen Potenzials von marktbasierter Energiesparmechanismen, Steigerung des öffentlichen und sozialen Interesses an effizienter Energienutzung und Beschleunigung des Wandels hin zu einer ressourcensparenden Gesellschaft.
- **Anhebung des Anteils der erneuerbaren Energien (einschließlich großangelegter Wasserkraft-Anlagen) an der Primärenergieversorgung auf bis zu 10% bis 2010 und Ausbau der Methan-Nutzung aus Kohlevorkommen auf bis zu 10 Milliarden Kubikmeter** mit Hilfe einer Optimierung der Energiekonsumstruktur. Maßnahmen in diesem Bereich umfassen die massive Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, eine aktive Förderung der Atomkraft und einen beschleunigten Einsatz von Methan aus Kohlebergwerken.
- **Stabilisierung des Stickoxid-Ausstoßes in industriellen Prozessen auf dem Niveau von 2005** durch die Durchsetzung von Regulierungen in der Metallindustrie, Baustoff- und der chemischen Industrie, durch die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft, die Steigerung der Ressourceneffizienz und eine verschärfte Kontrolle der Stickstoffemissionen.
- Verstärkter Anbau von emissionsarmen und ertragreichen Reissorten und die Förderung der halbtrockenen Anbautechnik und einer fortschrittlichen Bewässerungstechnik. Außerdem intensive Forschung über wiederkäuende Tierrassen im Bereich von großangelegten Züchtungs- und Managementtechniken, eine verbesserte Handhabung von Abfällen aus der Tierhaltung, Abwässern und Abfällen sowie die Förderung der Biogasnutzung, um Methanemissionen zu begrenzen.
- **Erhöhung des Waldflächenanteils auf 20% und somit ein Ausbau der CO₂-Senken um 50 Millionen Tonnen im Vergleich zum Niveau von 2005** durch konsequente Aufforstungsmaßnahmen, die Umwandlung von Nutzflächen in Wälder und Grünland, Waldschutz und Gewinnung von Ackerland sowie andere wichtige Agrartechnologieprojekte.

2. Verbesserung von Chinas Anpassungsvermögen an die Folgen des Klimawandels

- **Erweiterung des aufgebesserten Grünlandes um 24 Millionen Hektar, Wiederherstellung von verschmutzten und durch Wüstenbildung und Versalzung geschädigten Flächen im Umfang von 52 Millionen Hektar und die Anhebung des Effizienzkoeffizienten in der landwirtschaftlichen Bewässerung auf 0,5 bis 2010** durch einen Ausbau der Infrastruktur von landwirtschaftlichen Nutzflächen, eine Anpassung der Anbausysteme, die Auswahl und Züchtung von stressresistenten Sorten und die Entwicklung von Biotechnologien und anderen adaptiven Maßnahmen.

- **Wirksamer Schutz von natürlichen Waldökosystemen und effektiver Artenschutz, Vergrößerung der Naturschutzgebiete Chinas auf einen Flächenanteil von 16% und Eindämmung der Wüstenbildung auf einer Fläche von 22 Millionen Hektar bis 2010** durch einen verstärkten Waldschutz und ein verbessertes Naturschutzmanagement, die kontinuierliche Umsetzung von bedeutenden ökologischen Wiederaufbauprogrammen, die Einrichtung von zentralen ökologischen Schutzgebieten und die Weiterentwicklung der natürlichen ökologischen Wiederherstellung.
- Reduktion der Anfälligkeit der Wasserversorgung gegenüber klimatischen Veränderungen durch eine Anzahl von effektiven Maßnahmen, einschließlich einer rationalen Nutzung und optimierten Allokation von Wasserressourcen, der Einführung neuartiger Mechanismen in der Infrastrukturentwicklung und der Lenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit Wasser. Zu diesem Zeitpunkt werden technische Systeme zur Verhinderung von Überschwemmungen in großen Flüssen in Gebrauch sein und die Etablierung hoher Standards zur Linderung der Austrocknung von landwirtschaftlichen Nutzflächen abgeschlossen sein.
- Im Jahre 2010 wird der Anbau und die Verbreitung von Mangroven abgeschlossen und die Fähigkeit Flutkatastrophen an Meeresküsten zu verhindern erheblich verbessert sein. Die durch den angestiegenen Meeresspiegel verursachten sozialen und wirtschaftlichen Schäden werden mit Hilfe einer wissenschaftlich ausgerichteten Überwachung der Meeresspiegelveränderungen, der Regulierung von Ökosystemen in See- und Küstengebieten und außerdem durch die vernünftige Nutzung von Küsten und küstennahen Feuchtgebieten und die Einrichtung eines Küstenschutzsystems so weit wie möglich reduziert werden können.

3. Förderung klimarelevanter Forschung und Entwicklung

- China wird viel daran setzen, bis zum Jahre 2010 in einigen Bereichen auf dem fortgeschrittenen internationalen Stand der Klimaforschung zu sein, um die wissenschaftliche Basis für die Entwicklung effektiver nationaler Klimastrategien zu besitzen und auch im Rahmen der internationalen Kooperation wissenschaftliche Beratung anbieten zu können. Maßnahmen in diesem Bereich umfassen einen Ausbau der Grundlagenforschung zum Klimawandel, eine Weiterentwicklung und Verbesserung der Forschungs- und Analysemethoden und die intensive Aus- und Weiterbildung von Experten und Entscheidungsträgern.
- Um auf eine gute wissenschaftliche Basis im Kampf gegen die globale Erwärmung zurückgreifen zu können, wird China vermehrt daran arbeiten, unabhängige Innovationskapazitäten aufzubauen, eine internationale Kooperation im Technologietransfer zu fördern, im Bereich der Forschung und Entwicklung hinsichtlich Energiegewinnung, Energieeinsparung und emissionsarmen Energietechnologien Durchbrüche zu erzielen sowie das Anpassungsvermögen der Land- und Forstwirtschaft bis 2010 entscheidend zu verbessern.

4. Steigerung des öffentlichen Interesses und Verbesserung des Managements

- China wird sich bis 2010 intensiv darum bemühen, die öffentliche Aufmerksamkeit in Haushalten und Gemeinden auf den Klimawandel zu lenken, das gesellschaftliche Interesse an dem Thema insgesamt zu erhöhen und mit Hilfe der modernen Informationstechnologie positive soziale Bedingungen für die Bekämpfung des Klimawandels zu schaffen. Kommunikation, Aus- und Weiterbildung sollen gestärkt und die öffentliche Unterstützung der Klimaschutzbemühungen auf diese Weise sicher gestellt werden.
- China wird zukünftig passende und hocheffiziente institutionelle Rahmenbedingungen und Managementstrukturen schaffen, um den Entscheidungsfindungs- und Koordinationsmechanismus zu Klimaschutzfragen zwischen den Ministerien zu verbessern und ein Handlungskonzept für den Umgang mit dem Klimawandel zu entwickeln, das Unternehmen und Bevölkerung in vielerlei Hinsicht einbindet.¹⁶

Themenpunkt 5: Institutionen und Mechanismen in der chinesischen Klimaschutzpolitik

• **Nationale Führungsgruppe zum Klimawandel**

Vorsitz: Ministerpräsident Wen Jiabao mit Vizeministerpräsident Zeng Peiyan und Staatsrat Tang Jiaxuan, die als stellvertretende Vorsitzende fungieren. Büro innerhalb der nationalen Entwicklungs- und Reformkommission.

Aufgaben: Entwicklung und Formulierung zentraler nationaler Strategien, Richtlinien und Maßnahmen zum Klimaschutz, ebenso wie die Koordination und Lösung zentraler klimarelevanter Fragestellungen.

Lokale gesetzliche Wirkung: Betroffene Ministerien und Abteilungen des Staatsrates sollten ihrer Verantwortung gewissenhaft nachkommen und ihre Koordination und Kooperation untereinander intensivieren, um eine gemeinsame Antwort auf das Klimaproblem zu finden. Regierungen verschiedener Ebenen sollten die Organisation und Führung lokaler Klimaschutzprojekte verbessern und die Ausarbeitung und Umsetzung dezentraler Programme mit hoher Priorität verfolgen.

• **Aufbau eines regionalen Verwaltungssystems zur verbesserten Koordination der Klimaschutzbemühungen**

Maßnahmen in diesem Bereich umfassen die Einrichtung regionaler Verwaltungsstellen zur Umsetzung des nationalen Programms, der Organisation und Koordination lokaler Klimaschutzaktivitäten und -aktionen, der Bildung lokaler Expertengruppen und die Initiierung einer den Umständen vor Ort angepassten Klimaschutzpolitik und entsprechenden Maßnahmen. Verschiedene Regionen können sich hier in Bezug auf geographische Eigenschaften, klimatische Bedingungen und wirtschaftliche Entwicklung unterscheiden. Gleichzeitig muss die Koordination zwischen nationalen und

lokalen Regierungen gestärkt werden, um eine reibungslose Realisierung der relevanten politischen Strategien und Maßnahmen zu gewährleisten.

- **Die effektive Nutzung des Clean Development Mechanism Fonds (CDMF)**

Gemäß den entsprechenden Artikeln über die Maßnahmen zur Durchführung und Leitung von CDM-Projekten wird die chinesische Regierung einen bestimmten Anteil der durch den Handel mit Emissionszertifikaten aus CDM-Projekten realisierten Gewinne als Abgabe leisten, und diese Einnahmen werden zum Aufbau des Clean Development Mechanism Fonds genutzt werden, um die Klimaschutzaktivitäten des Landes zu fördern, wie zum Beispiel klimarelevante Wissenschaft und technologische Forschung oder der Ausbau der nationalen Anpassungs- und CO₂-Reduktionskapazitäten. Die Einrichtung des Fonds wird auch wichtig sein, um den Finanzierungsbedarf von klimabezogenen Maßnahmen zu decken und eine effektive Umsetzung des nationalen Programms zu garantieren.¹⁷

Themenpunkt 6: Fragen der Energiesicherheit

Energiesicherheit ist ein globales Problem. Aus zwei Gründen ist es allerdings für China besonders relevant, zum einen auf Grund der enormen Bevölkerungszahl und zum anderen infolge des starken wirtschaftlichen Wachstums des Landes, obwohl dieses in den letzten beiden Jahrzehnten zweifellos bedeutend zu einer Milderung der weltweiten Armut beigetragen hat. Das Dilemma besteht in dem rapiden Anstieg von Chinas Energiekonsum und dem Energieverbrauch pro Kopf, welcher bereits drei Viertel des weltweiten Durchschnitts beträgt. Die chinesische Regierung verspricht in ihrem Bericht über die Energiesituation und Energiepolitik des Landes, dass China niemals eine Bedrohung für die weltweite Energiesicherheit dargestellt hat, und diese Situation auch in Zukunft nie eintreten wird.¹⁸

- **Zentrale Ressourcenbeschränkungen und niedrige Energieeffizienz.** Die schlecht organisierte Distribution von Energieressourcen erschwert die Bereitstellung einer kontinuierlichen und stabilen Versorgung; das extreme Wirtschaftswachstum, unvernünftiger Energiekonsum, unbefriedigende Energietechnologien und ein schwaches Management haben dagegen zu einem Anstieg des Energieverbrauches pro Einheit des Bruttosozialprodukts geführt, was die Kluft zwischen Energieangebot und -nachfrage noch vertieft. Die wachsende Energienachfrage kann alleine durch eine Erhöhung des Angebots nicht befriedigt werden.
- **Der Großteil der Energienachfrage in China wird durch Kohle gedeckt und an dieser Versorgungsstruktur mit Kohle als Hauptenergielieferant wird sich für lange Zeit NICHTS¹⁹ ändern.** Relativ rückständige Methoden der Kohleproduktion und des Koh-

¹⁶ *China's National Climate Change Programme*, (Juni 2007), S. 23-29

¹⁷ *China's National Climate Change Programme*, (Juni 2007), S. 56-57

¹⁸ *China's Energy Conditions and Policies*, (Dez 2007), S. 9-10

¹⁹ Zitiert aus Chinas Report zur Energiesituation und Energiepolitik, Seite 9, veröffentlicht im Dez. 2007 und zum Download erhältlich unter: <http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File229.pdf>

lekonsums erhöhen die davon ausgehende Umweltbelastung zusätzlich und so stellt der Kohlekonsum in China die Hauptursache von Luftverschmutzung und Treibhausgasemissionen dar. Mit steigender Anzahl der Motorfahrzeuge entwickelt sich die Luftverschmutzung in einigen Städten zu einer Mischung aus Kohlestaub und Abgasen.

- Chinas Energiemarkt befindet sich noch in der Entwicklung, da der Preismechanismus bisher weder die Knappheit der Ressourcen noch Angebot und Nachfrage nach Energie noch die Umweltkosten der Energieproduktion angemessen widerspiegelt.

Die zunehmende Teilnahme von China und Indien am internationalen Handel erhöht den Druck auf diese Länder, einen Beitrag zu den kollektiven Bemühungen um die Gewährleistung der globalen Energiesicherheit zu leisten. Die Art und Weise, in der China und Indien auf die wachsende Bedrohung ihrer Energiesicherheit reagieren, hat auch Auswirkungen auf den Rest der Welt. Beide Länder sind bereits aktiv geworden und je effektiver es ihnen gelingt, Versorgungsengpässe zu verhindern oder zu überwinden, desto mehr profitieren andere konsumierende Staaten und umgekehrt.²⁰

Probleme, die im Verlauf des wirtschaftlichen Fortschritts auftauchen, löst China unter Anwendung seiner „Prinzipien“, beispielsweise festgehalten im Scientific Outlook on Development (Wissenschaftlicher Bericht über die zukünftige Entwicklung), immer zuerst mit Hinblick auf die Menschen, durch Anpassung des Entwicklungskonzepts, entwicklungsfördernde Innovationen und eine verbesserte Entwicklungsqualität. Die Energieentwicklung des Landes basiert auf dem Prinzip der Versorgung aus eigenen Ressourcen, doch wird immer offensichtlicher, dass heimische Quellen nicht ausreichen werden, um den wachsenden Bedarf zu decken. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür lieferte der Schneesturm, der zum chinesischen Neujahr im Februar 2008 den Süden des Landes traf. Die Freude der Menschen, den wichtigsten chinesischen Feiertag zu zelebrieren, wurde getrübt – der harte Wintereinbruch führte zu einem Chaos im Land, verursachte wirtschaftliche Kosten von mehr als 15 Milliarden US Dollar und tötete nach Aussage der Regierung mindestens 107 Menschen.²¹ Und die schwächende Energieknappheit rief intensive Diskussionen über die Probleme des Klimawandels und die Energiesicherheit des Landes hervor.

China hat die klare Absicht, diese Herausforderung durch den Aufbau eines stabilen, ökonomischen, umweltfreundlichen und sicheren Energieversorgungssystems zu bewältigen, um den nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durch eine nachhaltige Energieentwicklung zu unterstützen. Die chinesische Regierung baut hier auf die strukturelle Anpassung als den zugrunde liegenden Handlungsansatz, auf wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt als Wegbereiter, eine verbesserte Verwaltung als wichtiges Instrument, auf die Stärkung der gesetzlichen Umsetzung als wichtigen Garanten, die Vertiefung der Reformen als intrinsische Motivation und auf die öffentliche Unterstützung als soziale Triebkraft. Höchste Priorität im Regierungsprogramm hat die Erschließung erneuerbarer Energiequellen für das steigende Energieangebot und die Optimierung des Energiemix, um die Erreichung nachhaltiger Entwicklungsziele zu ermöglichen. Zahlreiche politische Strategien und Regulierungen sind in diesem Zusammenhang be-

²⁰ *World Energy Outlook 2007*, Executive Summary, S. 50

²¹ “China snowstorms to cost 15bn”, 13.2.2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/7243875.stm>

reits verkündet worden, wobei Wissenschaft und Technologie als treibende produktive Kräfte und Hauptmotivation für die Energieentwicklung erkannt wurden. Nach und nach strebt China ein marktorientiertes System als Umfeld für technologische Innovationen an, in dem private Unternehmen eine Führungsrolle einnehmen und sich die Aktivitäten von Firmen, Universitäten und Forschungsinstituten sinnvoll ergänzen.²²

Es ist das Recht jedes Landes, Energiequellen verantwortungsvoll für die eigene Entwicklung einzusetzen und der Mehrzahl der Staaten wäre der Zugang zu einer sicheren Energieversorgung ohne internationale Kooperation unmöglich. Im Sinne einer stabilen und geordneten globalwirtschaftlichen Entwicklung ist die Förderung der ökonomischen Globalisierung unerlässlich, doch muss diese im Zeichen von Ausgewogenheit, allgemeinem Wohlergehen und beiderseitigem Fortschritt stehen; genau wie das von der internationalen Gemeinschaft forcierte neue Konzept der Energiesicherheit durch gegenseitigen Nutzen und Kooperation, breit gefächerte Entwicklungsmöglichkeiten und koordinierte Garantien charakterisiert sein muss. Die hohe Preisvolatilität in den internationalen Ölmärkten hat das Weltwirtschaftswachstum in den letzten Jahren stark beeinflusst. Da die Ursachen dieses Phänomens vielschichtig und komplex sind, muss auch eine gemeinsame, durch intensiven Dialog und enge Kooperation zu ermittelnde Lösung der internationalen Gemeinschaft eine Vielzahl von Aspekten berücksichtigen. Drei dieser Aspekte erachtet China für eine sichere Energieversorgung als besonders wichtig:

— **Die Intensivierung der gegenseitig vorteilhaften Kooperation in Energieerschließung und -nutzung.** Dialog und Zusammenarbeit müssen im Namen der Energiesicherheit sowohl zwischen energieexportierenden und -nachfragenden Staaten als auch innerhalb der Gruppe der Energiekonsumenten gestärkt werden. Die Aufgaben der internationalen Gemeinschaft liegen hier in der Förderung von Beratung und Koordination in energiepolitischen Fragen, der Verbesserung der Aufsicht über internationale Energiemärkte und verfügbare Reaktionsmechanismen in Notsituationen, der Unterstützung eines expansiven Energieangebots aus Öl- und Gasquellen zur Steigerung des Energieangebots, der Globalisierung und Diversifizierung der Energieversorgung, der Sicherstellung internationaler, stabiler und nachhaltiger Energieversorgung, der Aufrechterhaltung angemessener Energiepreise auf den internationalen Märkten und der Sicherstellung der Energieversorgung in den einzelnen Ländern,

— **Schaffung eines Rahmens für die gemeinsame Entwicklung und Nutzung fortschrittlicher Technologien.** Energiesparen und Diversifikation in der Energieproduktion stellen das langfristige Ziel im Zusammenhang mit globaler Energiesicherheit dar. Es muss deshalb im Interesse der internationalen Gemeinschaft liegen, die Entwicklung und Verbreitung energieeffizienter Technologien zu unterstützen, einen verantwortungsbewussten Energieverbrauch zu fördern und jedes Land zu einer Steigerung der Energieeffizienz anzuhalten. Die hocheffiziente Nutzung fossiler Brennstoffe, beispielsweise im Rahmen sauberer Kohletechnologien, muss dabei ebenso im Fokus der aktiven internationalen Zusammenarbeit stehen wie die zentralen Energietechnologien einschließlich erneuerbarer Energien, Wasserkraft und Atomkraft, um dem Ausbau eines globalen Energieversorgungssystems, das sauber, ökonomisch, sicher und verlässlich ist, einen Schritt

²² *China's Energy Conditions and Policies*, (Dezember 2007), S. 28

näher zu kommen. Mit dem Ziel, der Menschheit allgemein die Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung durch den Rückgriff auf bereits Geleistetes zu eröffnen, muss die internationale Gemeinde angemessene Antworten auf Fragen hinsichtlich der nötigen Kapitalinvestitionen, dem Schutz von intellektuellem Eigentum und der Verbreitung modernster Technologien finden.

— **Die Erhaltung einer sicheren und stabilen politischen Lage.** Frieden und regionale Stabilität stellen sich als wichtige Voraussetzungen für globale Energiesicherheit heraus. Deshalb ist es für die internationale Gemeinschaft unerlässlich, gemeinsam für Stabilität in den ölproduzierenden und -exportierenden Ländern, besonders im Mittleren Osten, zu sorgen und außerdem die Sicherheit internationaler Energietransportrouten zu gewährleisten und geopolitische Konflikte, die zu einer Bedrohung für die weltweite Energiesituation werden könnten, zu vermeiden. Die betroffenen Länder sind aufgefordert, Auseinandersetzungen zu beenden und Meinungsverschiedenheiten in Dialog und Beratungen beizulegen, um Energiefragen nie zu einem Gegenstand politischer Spannungen werden zu lassen und den Einsatz von militärischer Gewalt zu verhindern.²³

Themenpunkt 7: Erweiterte Möglichkeiten zur Erreichung nationaler Ziele durch internationales Engagement – Vielversprechende Kooperationen zwischen China und der EU

Es ist unvernünftig, von jenen Ländern, die sich noch in der Phase der Industrialisierung befinden, eine Einschränkung des wirtschaftlichen Wachstums im Namen des Klimaschutzes zu fordern. In diesem Zusammenhang entfaltet das Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung, das den UN-Verhandlungen zugrunde liegt, seine zentrale Bedeutung. Dennoch muss China in der globalen Transformation zu einer CO₂-armen Gesellschaft einen Beitrag leisten, da die eigene Wirtschaft substantiellen Schaden erleiden wird, sollte diese Wandlung nicht gelingen. Deshalb ist hier eine Rahmensetzung notwendig, die es China ermöglicht, Klimaschutz im Einklang mit den anderen Zielen des Landes zu verfolgen, ohne dass die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft belastet wird. Mit anderen Worten, die Entscheidungen, die China im Namen der Energiesicherheit trifft, müssen gleichzeitig den Weg in eine emissionsarme Zukunft weisen. Die Kosten einer treibhausgasarmen Energieversorgungsoption in China – welche von US-Kommentator Tom Friedman als der „China-Preis“ bezeichnet wurden – dürfen die Kosten einer möglichst effektiven Energieversorgung nicht wesentlich übersteigen. Dies zu erreichen wird nicht einfach sein – aber es ist zweifellos möglich. Tatsächlich gibt es große Überschneidungen zwischen dem Bedürfnis nach Energie- und Klimasicherheit.²⁴ Die Erfahrungen aus Europa haben außerdem gezeigt, dass rasche Emissionsreduktionen ohne schwerwiegende wirtschaftliche Schäden möglich sind. Dies trifft ganz offensichtlich für eine Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien zu.

²³ *China's Energy Conditions and Policies*, (Dezember 2007), S. 41-43

²⁴ *Climate Change: A Strategic Priority for Economic Growth*, (Mai 2007), Rede von John Ashton, UK Foreign Secretary's Special Representative for Climate Change vor dem China Energy Law International Symposium.

Durch gemeinsames Handeln von Europa und China und indem die Kraft des größten Marktes der Welt ihrem schnellst wachsenden zu Nutze gemacht wird, können Chancen im Energie- und Technologiesektor realisiert werden, die sich letztlich für beide Seiten auch im Hinblick auf die jeweils eigenen Ziele als vorteilhaft erweisen.

Gemäß Chinas mittel- und langfristigen Entwicklungsplan für erneuerbare Energie werden sich Bemühungen in diesem Bereich nicht auf eine intensiviertere Nutzung der Technologien und eine Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren am Energiemix des Landes beschränken, sondern auch die Lösung von Energieproblemen in ländlichen Gebieten, die Förderung einer ‚Recycling-Wirtschaft‘ und den Aufbau einer Ressourcen sparenden, umweltfreundlichen Gesellschaft umfassen. Gerade im Hinblick auf moderne erneuerbare Energiesektoren, die großes wirtschaftliches Potenzial und gute Verkaufsaussichten aufweisen, werden notwendige Maßnahmen getroffen, um die Marktnachfrage einerseits und gleichzeitig die für die Technologieentwicklung verfügbaren Mittel andererseits zu erhöhen. Mit Hilfe dieser zweigleisigen Strategie, welche für eine nachhaltige und stabile Marktnachfrage sorgt, wird die Basis für eine Erneuerbare-Energien-Industrie gelegt. Von ebenfalls hoher Priorität wird die Förderung von bereits marktreifen Technologien sein, beispielsweise Wasserkraft, Biomasse, Biogas, Wind- und Solarenergie. Gleichzeitig sind auch solche Technologien nicht zu vernachlässigen, welche zwar momentan noch nicht voll ausgereift sind, aber positive Zukunftsaussichten aufweisen, so z.B. Photovoltaik und flüssige Bio-Kraftstoffe. Die chinesische Regierung sieht hier vor, wirtschaftspolitische Anreize zu setzen, um die Nutzung erneuerbarer Energietechnologien zu fördern und dadurch Probleme der Energieknappheit und der fehlenden Energieversorgung in ländlichen Gegenden zu lösen und grundsätzlich den Wandel zu einer ‚Recycling-Wirtschaft‘ voran zu treiben. Weiterhin ist geplant, einen Marktmechanismus zur großflächigen Förderung des technologischen Fortschritts im Bereich der erneuerbaren Energien zu schaffen, welcher Investoren Anreize zur Unterstützung der politischen Programme setzen soll.

Bis 2010 strebt China einen Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Primärenergieverbrauch von 10 Prozent an, bis 2020 sogar eine Erhöhung um weitere 5 Prozent. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem technologisch ausgereifte und ökonomisch profitable erneuerbare Energiequellen wie z.B. Wasserkraft, Biogas, thermische Solarenergie und Geothermie voll ausgeschöpft und die Weiterentwicklung der industriellen Energieerzeugung aus Windkraft, Biomasse und Photovoltaik gefördert werden. China beabsichtigt weiterhin, durch den an lokale Gegebenheiten angepassten Einsatz erneuerbarer Energien auch abgelegene, vom Versorgungsnetz bisher ausgeschlossene Gebiete mit Elektrizität zu beliefern und so die Kraftstoffknappheit in ländlichen Gegenden zu überwinden und gleichzeitig die Umwelt zu schützen. Die Nutzung organischer Abfälle zur Energieerzeugung steht ebenfalls im Zeichen einer ‚Recycling-Wirtschaft‘, da auf diese Weise so gut wie alle aus organischen Abfällen resultierenden Umweltbelastungen vermieden werden können. China wird deshalb aktiv die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energietechnologien und -industrie fördern und zu diesem Zweck innovationsfreundliche Strukturen in diesem Bereich aufbauen. Wie im mittel- und langfristigen Entwicklungsplan für Erneuerbare Energien festgehalten, ist die chinesische Regierung zuversichtlich, bis 2010 in der Lage zu sein, einen Großteil des für die Produktion erneuerbarer Energien notwendigen Equipments selber zu produzieren. Bis zum Jahre 2020 soll die volle lokale Produktionskapazität ausgebaut sein und hauptsächlich auf eigenst entwickelten Patenten beruhen.

Ausgehend vom Ressourcenpotenzial, der technologischen Situation und der Marktnachfrage für alle Arten erneuerbarer Energien enthält Tabelle 1 entsprechende Ziele für die in China zentralen Sektoren dieser Industrie.

Tabelle 1: Entwicklungsziele für erneuerbare Energien in China bis 2010 und 2020²⁵

Bevorzugte Erneuerbare Energien	2010	2020
Wasserkraft	190 GW ²⁶	300 GW
Energie aus Biomasse	5,5 GW	30 GW
- Biomasse (<i>land- und forstwirtschaftliche Abfälle, pflanzliche Energierohstoffe, einschließlich Bagasse</i>)	4 GW	24 GW
- Großtechnische Biogasnutzung	1 GW	3 GW
- Biomasse Pellets	1 Mio t	50 Mio t
- Biogas und Biomassevergasung	40 Mio Haushalte	80 Mio Haushalte
- Flüssige Biobrennstoffe	²⁷	
Windkraft	5 GW	30 GW
Solarenergie	300 MW	1.8 GW
Solarthermische Anlagen	150 Mio m ²	300 Mio m ²
Geothermische Energie	4 Mtce	12 Mtce
Gezeitenkraftwerke	Ohne Angabe	100 MW

Nach Aussagen der EU-Kommission liegt ein stabiles und wachstumsorientiertes China im europäischen Interesse und Chinas Wandel zu einer wohlhabenden und offenen Wirtschaft ist für Europa von großer Bedeutung. Es ist gleichzeitig bekannt, dass die Offenheit der europäischen Märkte gegenüber Exporten aus China eine zentrale Größe für die Weiterentwicklung des Landes darstellt. Gleichzeitig kann auch Europa von Chinas wachsendem Markt für moderne Technologien, hochwertige Güter und komplexe Dienstleistungen profitieren. Europäische Konsumenten schätzen schon heute die preisgünstigen Importe aus China und werden dies auch in Zukunft tun. Chinas Exportstärke hat eindeutig positive makroökonomische Effekte auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit und diese Gewinne können Verluste in bestimmten Bereichen mehr als ausgleichen. Deshalb ist es für Europa der einzig sinnvolle Weg Chinas Wachstum zu begrüßen und im offenen Handel daraus einen eigenen Vorteil zu realisieren.²⁸

Am 23. Januar 2008 hat die Europäische Kommission das EU-Gesetzespaket zum Klimaschutz und zu erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht, mit dessen Hilfe die be-

²⁵ Datenquelle: *Medium and Long-Term Development Plan for Renewable Energy in China*

²⁶ Erschlossene Kapazität, vgl. *Medium and Long-Term Development Plan for Renewable Energy in China*, 2007

²⁷ Bis 2010 strebt China, zusätzlich 2 Mio. Tonnen Bio-Ethanol aus Nutzgetreide als Energierohstoff zu gewinnen und die Nutzung von Biodiesel auf 200.000 Tonnen zu erhöhen. Bis zum Jahre 2020 soll die Nutzung auf 10 Mio. bzw. 2 Mio Tonnen ansteigen und so jährlich 10 Mio. Tonnen erdölbasierte Kraftstoffe ersetzen.

schlossenen EU-Klimaziele, nämlich die Senkung der absoluten europäischen Emissionen um mindestens 20 Prozent bis 2020 und die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent bis 2020 – das sogenannte „20-20-Ziel“ - erreicht werden sollen.

Das Kernstück der europäischen Energiepolitik besteht darin, „eine nachhaltigere, sichere und wettbewerbsfähige CO₂-arme Wirtschaft“ zu schaffen. Aber das Paket enthält auch Warnungen: „selbst wenn es der EU gelingt, ihren Energiemix und Energiebedarf elementar zu verändern, wird ihre Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle auch in der absehbaren Zukunft bestehen bleiben.“²⁹

Parallel hat der kürzliche Anstieg von Öl- und Gaspreisen gezeigt, dass der Wettbewerb um Energieressourcen mit jedem Jahr intensiver wird und dass Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien gewinnversprechend sind. Vor diesem Hintergrund waren die europäischen Regierungschefs bereit, sich zu einer Transformation der europäischen Wirtschaft zu verpflichten, die fundamentale politische, soziale und wirtschaftliche Anstrengungen verlangt. Gleichzeitig bietet diese Veränderung Gelegenheit zur Modernisierung der europäischen Wirtschaft und der Ausrichtung auf eine Zukunft, in der Technologie und Gesellschaft auf neue Bedürfnisse reagieren können und Innovationen zu Beschäftigung und Wachstum führen.

Ein globales Abkommen bleibt im Kampf gegen den Klimawandel unverzichtbar, aber für Europa gibt es überzeugende Gründe schon heute aktiv zu werden. Je länger Europa wartet, desto teurer werden die Kosten der Anpassung und je früher Europa handelt, desto größer wird die Chance, von einem Vorreiter-Vorteil zu profitieren, vorhandene Fähigkeiten und Technologien optimal zu nutzen und so Innovation und Wachstum einen kräftigen Schub zu verleihen. Tatsächlich haben für die meisten der betroffenen Technologien Marktvolumen und -wachstum signifikante Auswirkungen auf den Preis. Wie Vizeministerpräsident Zeng Peiyan betonte, liegt es in Chinas Interesse, die Energiepolitik des Landes durch internationalen Handel und internationale Investitionen zu unterstützen, und da die EU ganz ähnliche Absichten verfolgt, erweist sich die Kooperation als der effektivste Weg in eine nachhaltige, sichere und florierende Wirtschaft.

²⁸ Accompanying COM(2006) 631 final: Closer Partners, Growing Responsibilities – A policy paper on EU-China trade and investment: Competition and Partnership, Commission of the European Communities, Brussels, 24.10.2006

²⁹ Energy for a Changing World: An Energy Policy for Europe – The Need for Action, http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/index_en.htm, Published by: European Commission, Directorate-General for Energy and Transport, BE – 1049

B) Kommentar aus der Perspektive der Zivilgesellschaft

Themenpunkt 8: Die Umsetzung der chinesischen Klimapolitik

Politikumsatzung und -durchsetzung erweisen sich in Chinas politisch-ökonomischem System konstant als schwierig. Interne Barrieren und Marktfragmentierung haben die wirtschaftliche Entwicklung Chinas behindert. Eingebettet in ein vertikal strukturiertes regulatorisches Regime lassen sich Chinas klimapolitische Strategien in drei Kategorien unterscheiden. Die Zentralregierung stellt die ersten beiden Politikebenen dar, während lokale Verwaltungen, einschließlich Provinz-, Kommunal- und Regionalregierungen, die dritte Ebene im Staat repräsentieren, die jedoch der zentralen Lenkung unterstehen. Politische Aktivitäten auf der ersten Ebene umfassen die Festlegung der grundsätzlichen politischen Ausrichtung und Führung, Ansprachen der politischen Führung zum Klimaschutz und zu erneuerbaren Energien oder zur Haltung der chinesischen Regierung gegenüber globalen Umweltfragen. Die darunter liegende politische Ebene setzt sich dagegen mit der Definition spezifischer Ziele, Entwicklungspläne, Gesetze und Regulierungen auseinander. Ausgehend von unterschiedlichen Dimensionen und Perspektiven soll so eine einheitliche Ausrichtung der Schwerpunkte und Ziele in der Entwicklung erneuerbarer Energien sicher gestellt werden. Einige Ministerien und Abteilungen schlagen hier konkrete politische Handlungslinien vor und spielen damit eine wichtige Rolle in der Umsetzung und Ausübung der von der Zentralregierung erlassenen politischen Mandate. Politische Maßnahmen auf der dritten Ebene beinhalten dagegen die Konzipierung praktischer und spezifischer Anreizmechanismen und Management-Leitlinien.³⁰ Die Festlegung lokaler Maßnahmen und Programme durch Provinz- und Kommunalregierungen muss dabei immer mit der nationalen Regulierung konsistent sein. Es zeigt sich jedoch, dass subnationale Regierungen eine immer unabhängigere Dynamik entwickeln, so dass es hinsichtlich Geschwindigkeit und teilweise Inhalt häufig zu temporären und manchmal gravierenden Abweichungen von den staatlichen Regulierungen kommt.

Der Aufbau des Regierungssystems in China ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für Reform und Umweltschutz. Chinas wachsendes gesellschaftliches Umweltbewusstsein zeigt sich vor allem an der steigenden Zahl von Umweltschutzabteilungen auf den verschiedenen Regierungsebenen. Dennoch richtet sich die häufigste Kritik von chinesischen und ausländischen Umweltanalysten gegen eben dieses System lokaler Umweltschutzbüros (Environmental Protection Bureaus, EPB). Kritisiert werden vor allem ihre unzureichende Kapazität; die Abhängigkeit lokaler EPBs von EPBs auf höherer Ebene und von lokalen Regierungen, die oft kein Interesse an einer konsequenten umweltpolitischen Reform haben, aber für die Finanzierung der EPBs verantwortlich sind, der Mangel an oder die Fehlerhaftigkeit der Informationsvermittlung, die niedrige Priorität, die umweltbezogenen Kriterien in der Bewertung lokaler Regierungen eingeräumt wird und die schwachen finanziellen Anreize für Regierungen und private Akteure, den Umweltgesetz-

zen, -standards und politischen Leitlinien zu entsprechen. Trotzdem ist es offensichtlich, dass der Umweltschutz in China sich in einem Prozess der politischen Modernisierung befindet, der zu einer Transformation traditioneller Hierarchien und konventioneller Machtstrukturen führt. Obwohl diese politischen Modernisierungsprozesse in China von einem anderen Charakter sind als jene, die sich in Europa beobachten lassen, ist die Stoßrichtung der Reformen ähnlich: Stärkere Dezentralisierung und mehr Flexibilität und insgesamt eine Bewegung weg von einer starren, hierarchischen Umweltpolitik, die hauptsächlich auf gesetzlichen Vorschriften und Grenzwerten beruht. Lokale EPBs und dezentrale Regierungen genießen statt dessen immer mehr Freiheit in der Festlegung von umweltpolitischen Schwerpunkten, Strategien, Finanzierungsmodellen und institutionellen Ausgestaltungen. Diese Entwicklung ist Teil einer allgemeinen Dezentralisierungswelle in der chinesischen Gesellschaft und wird durch umweltpolitisches Versagen des Staates zusätzlich verstärkt.³¹

Es ist jedoch wahr, dass China schon früher Schwierigkeiten in der Durchsetzung von Umweltgesetzen hatte und dass Verschmutzung und die Untätigkeit der Ministerien trotz der raschen Zunahme politischer Initiativen weiterhin anhalten. Ein großer Teil dieser Maßnahmen wurde bisher von einzelnen Verwaltungsbehörden verwirklicht, ohne dass eine gemeinsame Koordination stattgefunden hätte. Die staatliche Umweltschutzbehörde (State Environmental Protection Administration, SEPA) erkennt jedoch neuerdings, dass Kooperation zwischen Regierungsabteilungen und -sektoren der Schlüssel zu einer erfolgreichen umweltpolitischen Rahmensetzung ist.³² Um die Probleme in der Umsetzung der politischen Strategien zu überwinden, ist zweifelsohne eine systematische Reform notwendig, dennoch zeigt sich schon heute eine zwar begrenzte, aber vielversprechende Ausweitung des politischen Einflusses der chinesischen Umweltbehörde. Der SEPA ist es in den letzten Jahren gelungen, erhebliche Macht zu erlangen und ihr Image als lediglich abzeichnende Behörde abzulegen. In 2005 und 2006 hat sie mehrere Razzien gegen industrielle Umweltsünder eingeleitet und Anfang dieses Jahres wurde eine weitreichende Regelung verabschiedet, die den Genehmigungsprozess für bestimmte Bauprojekte wegen der Nichteinhaltung von Umweltschutzauflagen verzögert oder scheitern lässt. Die Behörde arbeitet im Bereich der Umweltaufsicht eng mit dem Ministerium für Disziplinaraufsicht zusammen, initiiert in Kooperation mit Chinas Volksbank und der Kommission für Bankenregulierung die Einrichtung eines ‚green banking‘-Mechanismus und weitere Zusammenarbeit mit anderen Ministerien und Institutionen in Fragen des Umweltschutzes ist bereits in Planung.³³ Mit der Absicht, die Kompetenzen des EPB-Systems noch effektiver zu erweitern, beschloss Chinas Staatsrat auf dem 11. Nationalen Volkskongress die nationale Umweltschutzbehörde (SEPA) auf Kabinettsministerebene anzuheben. Die Schaffung des chinesischen Umweltministeriums stellt einen Meilenstein dar, weil es damit der Umweltschutz – einst ein Randthema in China - auf die Hauptbühne des politischen Geschehens geschafft hat.

³⁰ *Renewable Energy Policy in China: Overview*, National Renewable Energy Laboratory

³¹ *China's limits to growth – greening state and society* (2006), Peter Ho and Eduard B. Vermeer, Blackwell Publishing, S.37

³² *China Needs New Environmental Policies, SEPA Says*, (September 2007), Ling Li, <http://www.worldwatch.org/node/5370>

³³ Hong Yaxiong, Deputy Director at SEPA's Policy Department, (12.2.2008) <http://www.rsc.org/chemistryworld/News/2008/February/12020801.asp>

Außerdem trat am 1. April 2008 Chinas neues Energiespargesetz in Kraft, demzufolge die Energiesparmaßnahmen lokaler Verwaltungsbeamter offiziell in die Beurteilung ihrer politischen Leistungen einfließen: „Die Art und Weise, in der Energiesparziele erreicht werden, wird Teil des Systems der Leistungsbewertung für lokale Regierungen und ihrer Machthaber sein.“

Weiterhin beginnt die Quelle des Wandels zu sprudeln. Zum Beispiel erlaubt das System zur Bewertung der städtischen Umweltqualität der SEPA nicht nur, Stadtverwaltungen hinsichtlich verschiedener Umweltindikatoren zu vergleichen, sondern es ermöglicht ihr in einem weiteren Schritt, individuelle Verträge über die ökologische Verantwortung mit den Lokalverwaltungen abzuschließen, um damit eine Verbesserung in einzelnen Indikatoren zu erreichen und die Leistungen der Beamten in ihre allgemeine Beurteilung einfließen zu lassen und finanzielle Anreize sowie Beförderungen unter anderem daran auszurichten. So sollen Kommunalpolitiker motiviert werden, den Umweltschutz ernster zu nehmen. Dieses System dient dazu, die lokale umweltpolitische Führung gegenüber höheren Instanzen rechenschaftspflichtig zu machen, da die dezentralisierte und von der Zivilgesellschaft initiierte Kontrolle noch unterentwickelt ist. Mit Hilfe derartiger Mechanismen finden Umweltstandards Eingang in ein politisches System, in dem lokale Machthaber bisher vor allem nach politischen und ökonomischen Kriterien beurteilt wurden.³⁴ Dass die Zeiten vorbei sind, in denen wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt gegenüber dem Umweltschutz absolute Priorität genossen, beweist die Einführung dieses Systems ganz eindeutig.

Weitere Veränderungen sprießen. Die Stadt Wuxi im Süden Chinas hat kürzlich auf giftig verunreinigtes Leitungswasser mit der Schließung von 1340 Fabriken, die ihre Abwasser im Tai-See entsorgten, reagiert. Die Verwaltung sah sich zu diesem Schritt gezwungen, da die energischen Proteste aufgebracht der Bürger ein erhebliches Karriererisiko für die lokalen Beamten darstellten. Natürlich ist es so, dass diese verschmutzenden Fabriken von den gleichen Beamten auch erhebliche Unterstützung erfahren haben, da sie zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Doch die breite Masse der chinesischen Bevölkerung kommt langsam zu der Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum nicht viel wert ist, wenn es mit vergiftetem Wasser und verschmutzter Luft erkaufte wird.³⁵

Neben der Umweltschutzbehörde engagieren sich auch andere einflussreiche Regierungsabteilungen zunehmend für die Verbesserung des gesetzlichen Umweltschutzes. Nach Aussagen der chinesischen Nachrichtenagentur³⁶ hat der Staatsrat, Chinas Kabinett, erst neulich eine Verordnung erlassen, die die Produktion von ultra-dünnen Plastiktüten aus Umweltgründen verbietet. Die Regelung untersagt ab dem 1. Juni 2008 allen Geschäften, Supermärkten und anderen Verkaufsstellen landesweit die Ausgabe von kostenlosen Plastiktüten. Chinesen benutzen täglich bis zu drei Milliarden Plastiktüten, die im Jahr mehr als drei Millionen Tonnen Müll verursachen.³⁷ Das neue Verbot wird nicht nur der Umwelt zu Gute kommen und den Energieverbrauch reduzieren, sondern vor

³⁴ Rock, M.T. 2002b, Getting into the Environment Game: Integrating Environmental and Economic Policy – making in China and Taiwan, *American Behavioral Scientist* 45(9): 1435-55

³⁵ *China's Coming Environmental Renaissance*, (November 2007), Yingling Liu, <http://www.worldwatch.org/node/5510>

³⁶ <http://env.people.com.cn/GB/6750870.html> (Chinese)

allem wird es eine wichtige Veränderung im Verhalten von 1,3 Milliarden Konsumenten hervorrufen. Ein anderes Beispiel liefert Chinas Ministerium für Wissenschaft und Technologie³⁸, das eine neue Anleitung zum Energiesparen³⁹ veröffentlichte, um so gleichzeitig Energiekonsum und Emissionen zu reduzieren. Diese Anleitung ist Teil einer landesweiten Kampagne zum Energiesparen, welche wiederum eine der Maßnahmen des nationalen wissenschaftlichen und technologischen Handlungsprogramms darstellt. Wenn jeder chinesische Bürger alle relevanten Möglichkeiten nutzt, um seinen Lebensstil zu ändern, könnte laut dem Handbuch jährlich das Äquivalent zu 77 Millionen Tonnen Kohle eingespart und somit eine CO₂-Belastung der Atmosphäre von ungefähr 200 Millionen Tonnen vermieden werden. Im Jahre 2004 machte der konsumbezogene Energieverbrauch ungefähr 24 Prozent von Chinas gesamten Energiebedarf aus, entsprach damit dem Äquivalent von 530 Millionen Tonnen Kohle und verzeichnete einen Anstieg im Vorjahresvergleich um 9,9 Prozent.⁴⁰ In der ersten Jahreshälfte 2007 sank der Energiekonsum pro Einheit des BIP um ungefähr 2,8 Prozent im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres, während der Stromverbrauch pro BIP-Einheit nach Angaben des nationalen Statistikbüros um 3,6 Prozent gestiegen ist.⁴¹

Themenpunkt 9: Die erstarkende Stimme der Zivilgesellschaft

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Liberalisierung, der Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen und Experimenten mit lokaler Demokratisierung erlebt China auch einen wachsenden Druck von den Bürgern, die von lokalen Autoritäten einen Abbau der Umweltverschmutzung fordern. Im heutigen China erfahren Umweltschutz und umweltpolitisches Missmanagement in den Medien immer größere Aufmerksamkeit und die dynamische Arbeit von Nichtregierungsorganisationen verleiht den Umweltinteressen der Gesellschaft eine Stimme gegenüber Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik. Diese Interessen werden im Zusammenhang mit dem wachsenden Umweltschutzengagement der chinesischen kommunistischen Partei und der Zentralregierung immer bedeutender; tatsächlich ermutigt die Regierung die Medien und Bürger dazu, Umweltsünden öffentlich anzuzeigen. So gesehen haben sich die öffentliche Diskussion zum Umweltthema und die Konstellation der verschiedenen Interessengruppen, die diese Diskussion führen, in den vergangenen 15 Jahren grundlegend gewandelt.

Ein weiteres Hindernis, das eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft und anderer Institutionen außerhalb von Staat und Markt in die Umweltreform erschwert, ist der beschränkte Zugang zu Umweltinformationen. Dafür gibt es mehrere Ursachen: der Mangel an Umweltkontrollen, da diese durch lokale Verwaltungen finanziert werden, die nur begrenzte Budgets zur Verfügung haben, und Störungen in der Informationsverarbeitung; die Geheimhaltung, mit der Umweltdaten behandelt werden, und die sie für große Teile

³⁷ <http://env.people.com.cn/GB/6656278.html>

³⁸ <http://www.most.gov.cn/eng/index.htm>

³⁹ <http://www.most.cn/ztl/jqjnjp/qmjnjpsc/qmjnjpsc-ml.htm>

⁴⁰ http://www.gov.cn/jrzg/2007-09/07/content_740796.htm

⁴¹ http://news.xinhuanet.com/newscenter/2007-07/30/content_6452676.htm

der Gesellschaft unzugänglich macht; das Fehlen eines ‚Recht-auf-Wissen‘-Kodex, entsprechender Gesetze oder Praktiken, und der begrenzte Zugang zu und Rückgriff auf das Internet. Oftmals sind nur sehr generelle und aggregierte Daten verfügbar und dann auch nur für Politiker und Wissenschaftler, während spezifischere und lokale Daten entweder nicht erhoben oder selbst vor jenen geheim gehalten werden, die unmittelbar von der Verschmutzung betroffen sind. Infolgedessen greifen EPBs in der Überwachung vor allem auf Beschwerden zurück und die Prioritäten für Durchsetzung und Kontrolle sind entsprechend verteilt.⁴² Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass es große Abweichungen gibt zwischen dem, was die chinesische Regierung zu den Klimaschutzprogrammen des Landes kommuniziert hat und dem, was tatsächlich in den Köpfen der 1,3 Milliarden Bürger angekommen ist.

Den von Greenpeace zum Ende des Jahres 2007 durchgeführten ausführlichen Interviews mit Anhängern der chinesischen Mittelklasse in Peking zufolge ist das öffentliche Verständnis des Klimawandels immer noch sehr vage. (Abbildung 1).

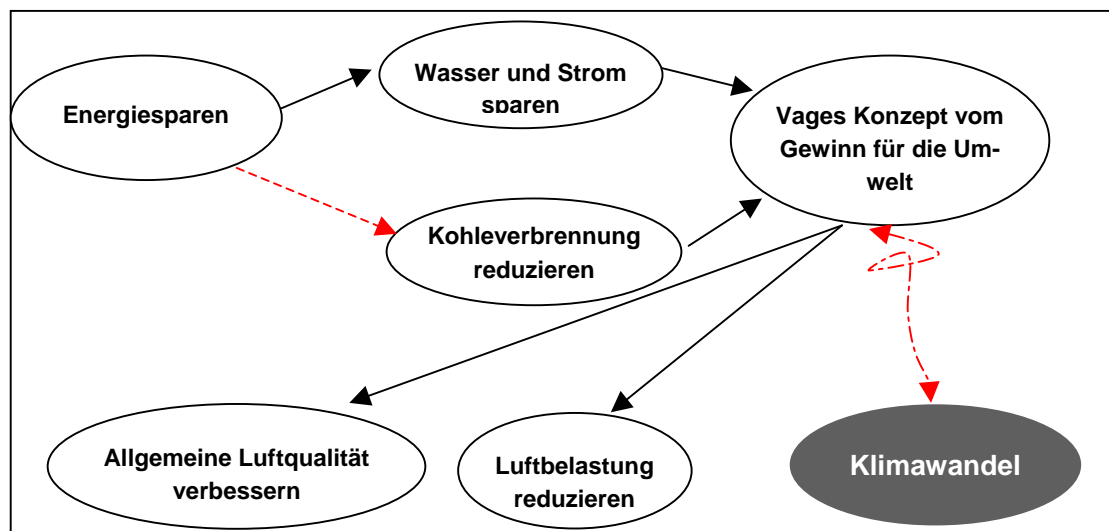


Abbildung 1: Das öffentliche Verständnis von Energieeinsparungen und Klimawandel

Insofern kann man sagen, dass die bisherigen Klimaschutzleistungen Chinas nur einen Bruchteil dessen darstellen, was noch erreicht werden kann. Eine sehr viel stärkere Emissionssenkung wäre möglich, wenn die chinesische Öffentlichkeit besser informiert, stärker eingebunden und dadurch motivierter wäre. Um die verschiedenen Alternativen für den Klimaschutz in China besser erkunden zu können, haben internationale NGOs, einschließlich Greenpeace, WWF, Natural Resource Defence Council, Environmental Defence, Conservation International und die Heinrich Böll Stiftung, Büros in Peking eingerichtet und realisieren Projekte im Bereich von Energie und Klimaschutz. Chinesische Organisationen, die meist selbst kaum Erfahrung mit der Bekämpfung des Klimawandels gemacht haben, nehmen diese Herausforderung an, schließen sich mit internationalen NGOs zusammen und erweitern ihre Kapazitäten, um effektiv handeln zu können.

⁴² Wu, C. and A. Robbins, 2000, *An overview of Accountability Issues in China's Environmental Governance*

Besonders interessant in China sind die GONGOs – umweltorientierte, von der Regierung organisierte NGOs. GONGOs spielen eine zunehmend wichtige Rolle in der heutigen chinesischen Umweltpolitik. Sie genießen aufgrund ihrer engen Verbundenheit mit staatlichen Stellen mehr Freiheit bei der amtlichen Eintragung und mehr Bewegungsfreiheit. Mit Hilfe ihres Expertenwissens und das enge Netzwerk mit der Politik gelingt es GONGOs Umweltinteressen zu artikulieren und ihnen in Markt- und Staatsinstitutionen Gehör zu verschaffen.⁴³ Nun, da diese GONGOs organisatorische, finanzielle und politische Unabhängigkeit erlangen, steigen sie auch im Ansehen von westlichen Wissenschaftlern. Obwohl sie in eine dominierende Staatsstruktur eingebettet bleiben, reduziert der Staat seinen kontrollierenden Einfluss und erlaubt ihnen relative Autonomie in der Planung von Aktivitäten und der Beschaffung finanzieller Mittel.

Es ist bemerkenswert, dass offizielle chinesische Vertreter, besonders in der Zentralregierung, die Probleme, die hinsichtlich der ineffektiven Implementierung nationaler Politiken bestehen, zugegeben und eine weitreichende Berichterstattung der Medien zu diesem Thema gestattet haben. Die Regierung gesteht außerdem nicht-regierungsgebundenen Umweltorganisationen nun erweiterte Freiheiten zu und toleriert die steigende Zahl von Umweltprotesten (z.B. der Xiamen Anti-Paraxylol-Protest).⁴⁴ Genau wie schon in anderen Ländern vorher ist der Umweltschutz in China zu einem Thema der öffentlichen Diskussion und der staatlichen Reform geworden, was möglicherweise zu großen Vorteilen für die chinesische Bevölkerung führen kann.

An dieser Stelle kann festgehalten werden, dass die beispiellose Klimakrise eine weitere Chance für die Entwicklung sozialer Gerechtigkeit und Demokratie in China bedeuten kann. Am 31. Januar 2008 traf sich der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel auf seiner Chinareise, die ganz im Namen von Klima und Energie stand, mit Vertretern chinesischer Umwelt-NGOs.⁴⁵ Dieses Treffen signalisiert der chinesischen Zivilgesellschaft, dass besonders NGOs eine wichtige Rolle in der Verständigung von China und dem Rest der Welt spielen können und werden. Und auch innerhalb des eigenen Landes arrangierte die chinesische Zivilgesellschaft bereits Gespräche und Treffen mit Regierungsvertretern, besonders auch mit einigen chinesischen Delegierten bei den Verhandlungen der UN-Klimakonferenz in Bali. Von derartiger dynamischer Interaktion und Offenheit profitieren Regierung und Zivilgesellschaft gleichermaßen durch ein verbessertes gegenseitiges Verständnis und einen gegenseitigen Anstoß, der letztlich die Chancen dafür, dass die Regierung vermehrt politische Ratschläge von der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft annimmt, erhöht.

Im Juli 2007, initiiert durch eine Reihe von lokalen und internationalen NGOs in China, konnte ein Projekt zur Findung gemeinsamer Positionen und Strategien in gemeinsamem Handeln für den Klimaschutz erfolgreich abgeschlossen werden. Mehr als 200 NGOs nahmen an einer Umfrage, mehreren Runden gemeinsamer Beratung und Workshops teil, und das Ergebnis, ein Papier mit dem Titel ‚Positions of Chinese Civil Society‘ erschien

⁴³ Wu, F (2002) New Partners of Old Brothers? GONGOs in Transitional Environmental Advocacy in China, China Environment Series 5 45-48

⁴⁴ http://www.chinadaily.com.cn/china/2008-01/03/content_6368825.htm

kurz vor der UN-Klimakonferenz in Bali, im Dezember 2007. Obwohl die Veröffentlichung eines gemeinsamen Positionspapiers im Vergleich zu den Aktionen von NGOs in anderen Ländern als moderat angesehen werden kann, sendet es doch ein starkes Signal, dass die chinesische Zivilgesellschaft aufgewacht ist und handelt.

Standpunkte der chinesischen Zivilgesellschaft⁴⁶

Um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern, müssen Staaten weltweit sofort aktiv werden. Die chinesische Zivilgesellschaft fordert deshalb:

Standpunkt 1: Regierungen weltweit setzen ein gemeinsames Ziel im Kampf gegen den Klimawandel unter dem Dach der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen.

Standpunkt 2: Die Verantwortung im Klimaschutz muss zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern differenziert betrachtet werden.

Industrieländer müssen bei der Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen die Führung übernehmen und den Entwicklungsländern in Fragen des Technologietransfers und der Finanzierung durch effektive Mechanismen Unterstützung gewährleisten.

Industrie- und Entwicklungsländer müssen gemeinsam nach Möglichkeiten für eine emissionsarme und nachhaltige Entwicklung suchen.

Standpunkt 3: Die chinesische Regierung sollte im internationalen Klimabündnis mehr Initiative zeigen und Verantwortung für den globalen Klimaschutz übernehmen, ohne sich das Recht auf soziale und wirtschaftliche Entwicklung absprechen zu lassen.

Die chinesische Regierung sollte ihr wirtschaftliches Entwicklungsmodell und die Energiestruktur des Landes reformieren, um Energieeffizienzziele zu verwirklichen, die Entwicklung erneuerbarer Energien zu beschleunigen und so Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Standpunkt 4: Der Entwurf und die Umsetzung von Anpassungs- und Reduktionsstrategien müssen auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit beruhen; die Anpassungskapazitäten und Lebensumstände von besonders verletzlichen Gruppen und Regionen müssen verbessert werden; negative Wirkungen der im Namen des Klimaschutzes eingesetzten politischen Maßnahmen, Technologien und Marktmechanismen auf lokale Umweltbedingungen müssen verhindert und reduziert werden.

Standpunkt 5: Die chinesische Regierung muss die Einbindung der Zivilgesellschaft in den klimapolitischen Entscheidungsprozess, die Umsetzung der Maßnahmen und ihre Kontrolle fördern und sichern.

⁴⁵ Conference "German-Chinese Perspectives on Energy and Climate Policy - Conference on Renewable Energy and Energy Efficiency" ("Deutsch-Chinesische Perspektiven zur Energie- und Klimapolitik, Konferenz zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz"), Beijing, 31 January 2008

⁴⁶ A Warming China: Thought and Action for the Chinese Civil Society

Themenpunkt 10: Innenpolitische Integration und Konsistenz

An der Schwelle zur Industrialisierung und der Anpassung an eine neue industrielle Revolution erhält China durch das Klimaproblem die Chance, die Bedürfnisse von mehr als einem Fünftel der Weltbevölkerung zu decken. Auf lange Sicht ist ökonomisches Wachstum durch natürliche Ressourcenknappheit begrenzt – die Erde als Ganzes ist eine geschlossene Volkswirtschaft und ihre Ressourcen sind endlich. Eines der einflussreichsten Bücher zum Umweltschutz, ‚Grenzen des Wachstums‘ des Club of Rome, argumentierte, dass zur Neige gehende Ressourcen wie z.B. Öl (Peak-Oil-Hypothese) das Wachstum stoppen werden, doch nun ist davon auszugehen, dass der Klimawandel noch nicht einmal die vollständige Nutzung der vorhandenen Vorräte erlauben wird. Auf den ersten Blick kann deshalb der Klimawandel als Grenze des wirtschaftlichen Wachstums erkannt werden. Die einzige Möglichkeit das Wachstum beizubehalten besteht darin, den Gleichschritt von ökonomischem Wachstum und CO₂-Emissionen aufzulösen, doch verlangt diese Entkoppelung eine vollständige Revolutionierung der Weltwirtschaft. Ein möglicher Weg wäre ein massiver Anstieg des Anteils des Dienstleistungssektors am BIP in China und anderswo. Diese Umstrukturierung setzt die Schaffung einer Reihe neuer Serviceberufe voraus, was wiederum eine entsprechende Ausbildung der Menschen voraussetzt. Deshalb kann der Wandel hin zu einer emissionsarmen Volkswirtschaft nur dann funktionieren, wenn er auf intensiven und vielseitigen Bildungsmaßnahmen basiert. Die WTO kann die Transformation hin zu einer service-orientierten Weltwirtschaft unterstützen, indem sie effektive Maßnahmen zur Förderung des Handels von Serviceleistungen, die nachhaltig und sozial vertretbar produziert werden, vorantreibt.

Die Definition des wirtschaftlichen Fortschritts nennt als Charakteristika einen Fortschritt, der zu ökonomischem Wachstum verhilft und gleichzeitig den Lebensstandard erhöht. Bezug nehmend auf eine nachhaltige Entwicklung wird eine gewisse Langfristigkeit in die Definition integriert. Fortschritt muss nun ökonomisches Wachstum, die Erhöhung des Lebensstandards, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gleichzeitig vorantreiben. Deshalb spielt die Minderung des Klimawandels eine so zentrale Rolle in Fragen der nachhaltigen Entwicklung, denn ohne drastische Emissionsreduktionen kann nur kurzfristig ein unhaltbares Wachstum realisiert werden. Versuchen die chinesische Regierung und andere Staaten lediglich zu verhindern, dass der Klimawandel ihr wirtschaftliches Wachstum behindert? Oder setzen sie sich tatsächlich für einen ganzheitlich orientierten Entwicklungspfad ein und nicht nur für steigende Zahlen? Unsere Regierung muss sich engagierter und ernsthafter für den Schutz ihrer Bürger vor der Bedrohung des Klimawandels einsetzen und ihre gegebenen Versprechen erfüllen.

Die Globale Erwärmung stellt für die Menschheit eine ernste Krise dar. Unser derzeit eingeschlagener Weg führt in die Katastrophe und die Chance auf einen Richtungswechsel liegt in unserer Hand. Entweder wir ergreifen diese Chance und verändern das in unserer Gesellschaft verbreitete Modell für sozialen und ökonomischen Fortschritt oder die Folgen des Klimawandels werden wie ein Boomerang auf uns zurückschlagen. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung kennen keine Grenzen, wir alle stehen an der selben Frontlinie. Wir müssen uns jetzt entscheiden, mit welcher Technik und in welche Richtung wir unseren Boomerang werfen wollen, ein zweiter Versuch wird uns nicht gegeben,

da sich das Zeitfenster schließt. Jeglichen neuen Projekten im Bereich fossiler Brennstoffe und Kernkraft muss sofort die finanzielle Unterstützung und Genehmigung versagt werden, statt dessen müssen erneuerbare Energien gefördert, die Energieproduktion und -nutzung dezentralisiert und entsprechende Ziele in Bezug auf erneuerbare Energien und Emissionsreduktionen kontinuierlich umgesetzt werden. Wir haben heute die Möglichkeit, uns zu entscheiden – wenn der Boomerang erst einmal wieder auf uns zufliegt, heißt es entweder zugreifen oder getroffen werden.

China hat das erste Gesetz zu erneuerbaren Energien bereits im Jahre 2005 verabschiedet und es seitdem um zahlreiche Regeln zu seiner Durchsetzung ergänzt. Die Windenergieindustrie kann hier als Beispiel herangezogen werden. Die relevanten Regulierungen zur Unterstützung der Einführung erneuerbarer Energietechnologien umfassen:

- Mittel- und langfristige Pläne für die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie
- Angemessene Preissetzung für Strom aus erneuerbaren Quellen und Managementregeln zur fairen Aufteilung des Gewinns
- Regulierung des Managements für die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen
- Energieeinsparung durch neue Lastverteilungsmethoden
- Maßnahmen zur Kontrolle der von Netzbetreibern erworbenen Strommenge aus erneuerbaren Quellen
- Technische Vorschrift zur Anbindung von Geothermie-Kraftwerken an das Stromnetz GB/T 19962-2005
- Technische Vorschrift zur Anbindung von Windkraftanlagen an das Stromnetz GB/T 19963-2005
- Technische Vorschrift zur Anbindung von Photovoltaik-Kraftwerken an Stromsysteme GB/T 19964-2005⁴⁷

Dieses ziemlich verbreitete ‚1+X‘-Modell – ein zentrales Gesetz kombiniert mit einem Bündel von ergänzenden Regulierungen, die von den jeweils betroffenen Regierungsabteilungen in unregelmäßigen Abständen veröffentlicht werden – hat die Anpassung des Marktes und seiner Geschäftspartner an die neue Gesetzeslage verlangsamt und gefährdet damit eine effektive Umsetzung der Gesetze.

Um diese ‚Umsetzungslücke‘ im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu schließen, verabschiedete Chinas staatliche Kommission für Elektrizitätsregulierung (SERC) erst kürzlich eine neue Vorschrift, die Energieanbieter dazu verpflichtet, den Kauf von ‚grüner‘ Elektrizität bis zur Auslastung des in der jeweiligen Region erhältlichen maximalen Volumens zu priorisieren. Anders als das Erneuerbare-Energien-Gesetz selbst legt diese ergänzende Regulierung die expliziten Kompetenzen, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten fest, die von der SERC für eine Förderung der Integration erneuerbarer Energiequellen in die E-

⁴⁷ Wang Weisheng, Renewable Energy Department at China Electric Power Research Institute, <http://www.serc.gov.cn/opencms/export/serc/zwgk/jggz/news/tongzhi000044.html> (Chinese)

lektrizitätssysteme benötigt werden. Außerdem ermöglicht es allen Anlagen für erneuerbare Energien (mit der Ausnahme von großen und mittelgroßen Wasserkraftwerken) Zugang zu staatlichen Subventionen in der Strompreisbildung, um nicht als Bieter im kompetitiven Preiswettbewerb agieren zu müssen.

Eine weitere Ergänzungsvorschrift zur Preisbildung für erneuerbare Energie und Kostenteilung, verfasst durch das Nationale Komitee für Entwicklung und Reform (NDRC), hat geholfen, den Kostenengpass zu überwinden, indem es Stromversorger dazu verpflichtet, Elektrizität aus erneuerbaren Quellen zu einem von der Regierung festgesetzten oder gelenkten Preis zu kaufen. Die zusätzlichen Kosten der Nutzung erneuerbarer Energien werden auf den Stromverbraucher umgelegt. Zusätzlich wurde eine spezielle Abgabe zur Unterstützung erneuerbarer Energien in Höhe von 0,001 yuan (0,013 U.S. Cents) pro Einheit seit Juni 2006 auf die Stromrechnungen der Haushalte aufgeschlagen.

Nach Aussagen einiger Unternehmer im Energiesektor verlangt der Erfolg erneuerbarer Energie typischerweise beides – die Unterstützung der Regierung und die Anreize des Marktes. Sie argumentieren, dass die chinesische Regierung zusätzlich zu den bestehenden Preissubventionen einen effektiven Mix von Maßnahmen, einschließlich Finanzierungsangeboten oder Steuerermäßigungen, auf den Weg bringen muss, um Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen weiter zu fördern.⁴⁸

Daneben ist ein eher marktorientierter Ansatz ebenso notwendig, um das nationale Stromnetz zu vereinheitlichen, die Abwicklung und Distribution des ‚grünen‘ Stroms zu regeln, die ungleiche Verteilung von Energieressourcen auszubalancieren und den Preis für nachhaltige Elektrizität zu senken.

Von der Gesetzgebung bis zur Umsetzung, von der politischen Strategie zum Handeln, von guten Vorsätzen bis zur Realität – China hat noch einen langen Weg vor sich, um das Klimaschutzregime des Landes zu optimieren, Gesetze und Regulierungen in sich konsistent zu machen und die zentrale Regierung und lokale Verwaltungen mit einer Stimme sprechen zu lassen, damit sie als verantwortliche Regelsetzer und Verhandler im öffentlichen Interesse agieren können. Die Hoffnung besteht, dass diese Wandlung gelingen kann, immerhin befindet sich China auf einem entschiedenen Weg in eine emissionsarme und nachhaltige Zukunft. Trotzdem ist es ausgeschlossen, dass China dieses Ziel ohne für beide Seiten vorteilhafte Kooperationen erreichen wird.

⁴⁸ China Urges Electricity Suppliers to Buy Green Power, Ling Li, August 2007, <http://www.worldwatch.org/node/5330>

... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer durch wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreize
- Handels- und agrarpolitische Rahmenseetzungen für weltweite Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin
Voßstr. 1, D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Bankverbindung / Spendenkonto:

Konto Nr. 32 123 00, BLZ 100 205 00, Bank für Sozialwirtschaft AG



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)
Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Unterschrift